



Pressemeldung/Presseerklärung BochumerBund fordert verbindliche Schutzmaßnahmen gegen Gewalt in Kliniken

Die von der Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen (KGNW) veröffentlichten Zahlen zur Gewalt gegenüber Krankenhausbeschäftigten machen deutlich: Gewalt am Arbeitsplatz ist für viele zur täglichen Realität geworden. 94 Prozent berichten von verbalen, 70 Prozent von körperlichen Übergriffen. Die Pflegegewerkschaft BochumerBund erkennt in diesem Befund einen dringenden Handlungsauftrag – nicht nur für Einrichtungen, sondern auch für die Gesundheitspolitik.

Empfehlungen wie sie im KGNW-Leitfaden formuliert sind, reichen aus Sicht des BochumerBund nicht aus. Gewaltprävention darf keine freiwillige Option bleiben. Was benötigt wird, sind verbindliche und gesetzlich verankerte Maßnahmen, die Einrichtungen zur Umsetzung verpflichten – unterstützt durch entsprechende Ressourcen.

Gewalt am Arbeitsplatz im Gesundheitswesen ist kein individuelles Problem, sondern Ausdruck struktureller Mängel. Dazu zählen eine chronische Unterbesetzung, fehlende Schulungsangebote und unzureichende bauliche oder technische Sicherheitsvorkehrungen.

Der BochumerBund fordert deshalb:

- **Verbindliche Gewaltpräventionskonzepte** in allen Krankenhäusern, mit klaren Zuständigkeiten, definierten Maßnahmen und regelmäßiger Evaluation.
- **Personelle Ausstattung**, die es Beschäftigten ermöglicht, professionell und deeskalierend zu handeln, ohne selbst gefährdet zu sein.
- **Regelmäßige Deeskalationsschulungen** als verpflichtender Bestandteil der Arbeitszeit – sowohl für neue als auch für erfahrene Kolleg:innen.
- **Meldestrukturen und konsequente Strafverfolgung**, um Betroffene zu schützen und Täter:innen zur Verantwortung zu ziehen.
- **Technische Schutzmaßnahmen in definierten Risikobereichen** wie Notaufnahmen und geschützten psychiatrischen Stationen – etwa durch Notrufsysteme oder bauliche Rückzugsräume. Eine pauschale Videoüberwachung wird vom BochumerBund hingegen kritisch gesehen.

Ein weiterer Aspekt betrifft die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen: Gewalt in Gesundheitsberufen trifft besonders häufig Frauen. Damit trägt das Thema auch eine geschlechterspezifische Dimension, die in der öffentlichen Debatte bislang zu wenig beachtet wird.

Der BochumerBund sieht in der aktuellen Diskussion einen Ausgangspunkt, um systemische Verbesserungen voranzutreiben. Ziel muss sein, Sicherheit nicht dem Zufall oder dem Engagement Einzelner zu überlassen, sondern institutionell abzusichern – für alle, die tagtäglich Verantwortung im Gesundheitswesen übernehmen.

BochumerBund - Fachgewerkschaft für die Pflege seit 2020

Wir unterstützen den Dreiklang aus Pflegekammer, Verbänden, Gewerkschaft

Wir fordern ein Einstiegsgehalt von 4.500 Euro für Pflegefachpersonen

35-Stunden-Woche im Dreischichtsystem